

Minarettverbot und Polizeigewalt unter internationaler Kritik

Der Uno-Menschenrechtsrat nimmt die Schweiz unter die Lupe

Bei der periodischen Prüfung durch den Menschenrechtsrat hat die Schweiz Lob erhalten, aber wegen des Minarettverbots, fremdenfeindlicher Plakate und polizeilicher Übergriffe auch Kritik einstecken müssen.

Jean-Pierre Kapp, Genf

Die Schweiz hat sich am Montag in Genf zum zweiten Mal der periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review) durch den Uno-Menschenrechtsrat gestellt. Bundesrat Didier Burkhalter präsentierte den Schweizer Bericht und ging auch auf die Stellungnahmen verschiedener Länder ein. Im Allgemeinen wurde der Schweiz ein gutes Zeugnis ausgestellt und konstatiert, dass das Land der Respektierung von Menschenrechten eine grosse Bedeutung beimisst.

Problematische Initiativen

Vertreter zahlreicher Länder übten allerdings auch Kritik, und zwar wegen des Minarettverbots, wegen Plakaten mit fremdenfeindlichen Inhalten im Vorfeld von Abstimmungen und wegen der anhaltenden Berichte von polizeilichen Übergriffen an Menschen aus Staaten der Dritten Welt. Die Schweiz wurde aufgefordert, Volksinitiativen künftig auf ihre Kompatibilität mit den universalen Menschenrechten zu prüfen, bevor sie zur Abstimmung gelangen. Burkhalter wies in einer ersten Stellungnahme auf die Wichtigkeit des Initiativrechts für die direkte Demokratie hin. Amnesty International Schweiz unterstützte hingegen die Kritik.

Nationale Institution gefordert

Die Schweiz wurde von verschiedenen Staaten zudem aufgefordert, sich für die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution einzusetzen. Die Errichtung des Kompetenzzentrums für Menschenrechte (eines Dienstleistungszentrums mehrerer Universitätsinstitute) sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, genüge aber noch nicht. Das Fehlen einer nationalen Menschenrechtsorganisation wirke sich nachteilig aus. Auch diese Forderung wurde von Amnesty und einer Koalition von weiteren im Bereich der Menschenrechte tätigen schweizerischen Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Burkhalter erklärte dagegen, die Schweiz gehe Schritt für Schritt vor und müsse die Regeln eines föderalistischen Systems respektieren.

Schliesslich wurde die Schweiz von mehreren Ländern auch

aufgefordert, ein generelles Gesetz gegen alle Formen der Diskriminierung zu erlassen. Burkhalter erklärte, die Schweiz habe einen sektoriellen Weg gewählt, und dieser scheine sich zu bewähren. In den kommenden Jahren könnten weitere Fortschritte zum Schutz von Behinderten und zur Gleichstellung der Frau erwartet werden. Besondere Anstrengungen würden im Bereich der Lohngleichheit unternommen. In den vergangenen Jahren waren in der Tat verschiedene Vorstösse zur Verabschiedung eines generellen Antidiskriminierungsgesetzes gescheitert.

Reaktion auf frühere Kritik

Einleitend hatte der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten auf die verschiedenen Massnahmen hingewiesen, welche die Schweiz seit dem letzten Länderexamen vor vier Jahren ergriffen hatte. Fortschritte verzeichnete Burkhalter etwa bei der Bekämpfung von Polizeigewalt und häuslicher Gewalt, bei der Integration von Ausländern sowie bei der Gleichstellung der Geschlechter. Der Bundesrat erachte den Schutz der Menschenrechte in der Schweiz als gut. Auch Länder, in denen die Menschenrechte respektiert würden, dürften sich aber mit dem Status quo nicht zufriedengeben.

Erste Massnahmen, um der Kritik vom Montag Rechnung zu tragen, wird die Schweiz am Mittwoch präsentieren.